66. Jahrgang. № 225

Montag, 15. Mai 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 25,— M., vierteljährlich 75,— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 6,— M. Für Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 1,50 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schluß der Konferenz am Dienstag?

Eine neue Konferenz im Haag.

Keine Teilnahme Deutschlands?

Genua, 14. Mai. (Spezialbericht des W. T. B.) Heute vormittag und nachmittag hielten die Vertreter der fünf einladenden Mächte Sitzungen von je zweistündiger Dauer ab. Es wurden dabei Beschlüsse gefaßt, über welche teilweise von einander abweichende Berichte vorliegen.

Von englischer Seite wird mitgeteilt: **Es wurde beschlossen, der Unterkommission der ersten Kommission vorzuschlagen, daß die in Genua vertretenen Mächte für den 15. Juni Vertreter nach dem Haag entsenden sollen.** Diese Vertreter werden zu entscheiden haben, welche Staaten in den Sachverständigen-Kommissionen vertreten sein sollen, bzw. Vertreter dafür ernennen sollen. Die Sachverständigen-Kommissionen werden ebenfalls im Haag mit den Russen zusammen ihre Sitzungen abhalten. Während der Dauer der Arbeiten der Sachverständigen-Kommissionen wird ein Burgfrieden auf der Grundlage der Gegenseitigkeit angenommen. Nach einem Vorschlage Lloyd Georges sollen die Vereinigten Staaten sondiert werden, ob sie in dem Sachverständigenausschuß vertreten sein wollen. Während dreier Monate nach Zusammentritt der Kommissionen dürfe kein Separatabkommen mit Rußland abgeschlossen werden. Unter Separatabkommen sind nicht zu verstehen Handels- und Schiffahrtsabkommen, sondern nur politische Abkommen. In der morgen vormittag stattfindenden Sitzung der Unterkommission werden diese Beschlüsse vorgelegt werden. Es wird auch darüber beraten werden, ob Rußland eingeladen werden soll, wieder an der Unterkommission teilzunehmen oder ob erst eine Antwort auf die russische Note vom 11. Mai ergehen soll. Ueber den Text der Antwort an Rußland ist noch nicht beraten worden.

Von französischer Seite wird bekanntgegeben: **Es wurde heute von den Vertretern der fünf einladenden Mächte beschlossen, daß die Mächte, die das Memorandum vom 2. Mai unterzeichnet haben, auf die russische Note vom 11. Mai durch eine Note antworten sollen, die morgen die Unterkommission für russische Angelegenheiten unterzeichnen wird.** Der Entwurf der Note weist drei Teile auf. Zuerst wird die Kritik der Russen an dem Memorandum zurückgewiesen. Zweitens wird vorgeschlagen, Sachverständigenausschüsse einzusetzen, um die vier folgenden Fragen zu prüfen: 1. Schäden, 2. Privateigentum, 3. Reparation der Schäden, die den Personen und dem Eigentum zugefügt wurden, 4. Kredite. Im Haag sollen am 26. Juni zwei Ausschüsse zusammentreten, von denen der eine aus den nichtrussischen Staaten besteht, der andere aus den Russen. Wenn der erstgenannte Ausschuß es für nötig hält, soll der russische Ausschuß zur Teilnahme an den Verhandlungen eingeladen werden. Der letzte Teil des Entwurfs besagt: **Rußland und die Mächte, die im Sachverständigenausschuß vertreten sein werden, verpflichten sich, von jedem Angriff und jeglicher Propaganda Abstand zu nehmen.**

Außer über diesen Entwurf der Antwortnote an die Sowjetdelegation wurde nach französischer Mitteilung über folgende Punkte eine Einigung erzielt: Die Mächte, die in der Unterkommission vertreten sind, soweit sie das Memorandum an Rußland unterzeichnet haben, fassen folgenden Beschluß:

1. Die nichtrussischen Sachverständigen werden nicht von der Genueser Konferenz ernannt, sondern von ihren Regierungen.

2. Die nichtrussischen Sachverständigen werden am 15. Juni eine Präliminarversammlung abhalten, wo sie die Instruktionen ihrer Regierungen mitteilen.

3. Vom 16. bis 26. Juni werden Besprechungen ohne die Russen abgehalten werden. Während dieser Frist wird es jeder vertretenen Macht freistehen, aus dem Ausschuß zurückzutreten, wenn sie es für angebracht hält.

4. Während einer Frist von vier Monaten, vom 26. Juni an gerechnet, werden die in den Sachverständigenkommissionen vertretenen Staaten sich verpflichten, keinen Separatvertrag mit Rußland abzuschließen. Alle in Genua vertretenen Mächte werden eingeladen werden, sich im Sachverständigenausschuß im Haag vertreten zu lassen, ebenso die Vereinigten Staaten. Deutschland wird zur Teilnahme nicht eingeladen werden. Die französische und die belgische Delegation verpflichten sich für den Fall, daß die Russen den Vorschlag annehmen, ihren Regierungen zu empfehlen, sich im Sachverständigenausschuß im Haag vertreten zu lassen. (W. T. B.)

Paris, 14. Mai. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Genua berichtete am Sonnabend nacht: Die Genueser Konferenz ist so gut wie beendet; das ist das wesentliche Ergebnis des Tages. Für den Fall, daß ein Abkommen über die Art und Weise, wie der Sachverständigenausschuß zur Prüfung des russischen Problems funktionieren soll, erzielt wird, wird Lloyd George, wie er heute abend erklärte, nicht auf der Diskussion der anderen auf dem Programm stehenden Fragen beharren, und die Konferenz werde Dienstag durch eine letzte Vollsitzung ihre Arbeiten beenden.

Die Sonnabendsitzungen.

Einlenken Barthous nach scharfen Auseinandersetzungen. Zustimmung zum Burgfrieden.

Genua, 13. Mai. Im Verlauf der Vormittagssitzung erklärte Lloyd George, die russische Antwort sei sehr befriedigend, aber es sei ganz klar, daß die Russen wünschten, zu einem Abkommen zu gelangen. Lloyd George schlug vor, Kommissionen für das Privateigentum, die Schulden und die Kreditfragen zu bilden. Die Kommissionen könnten jedoch nicht arbeiten in einer Atmosphäre der Bedrohung und der halben Feindseligkeit. **Daher schlage er einen Burgfrieden auf der Grundlage der de facto bestehenden Grenzen vor, bis die Kommissionen ihre Arbeiten beendet hätten. Die bestehenden Verträge hätten die Grenzen Osteuropas nicht endgültig festgesetzt. Zum Schluß beantragte Lloyd George noch, auf den propagandistischen Teil der russischen Antwort, der unmöglich ohne Antwort gelassen werden könnte, eine scharfe Antwort zu erteilen.**

Barthou erklärte, die Interessen der französischen Regierung verhinderten die französische Delegation, die Antwort auf das russische Dokument zu erörtern, an dessen Absendung sie nicht beteiligt gewesen sei. Die Ansicht der französischen Regierung sei, daß Lloyd Georges Vorschlag über die Einsetzung der Kommissionen keinen Zweck habe und lediglich eine neue Genueser Konferenz bedeuten würde. Barthou behielt sich das Recht vor, die Notwendigkeit der Ernennung derartiger Kommissionen in Erwägung zu ziehen, wenn sie nicht von der Genueser Konferenz, sondern später ernannt würden und wenn in diesen Kommissionen nicht nur die alliierten Regierungen, sondern auch die Neutralen und vielleicht auch die Vereinigten Staaten vertreten sein würden.

Frankreich würde aber niemals der Ernennung einer Kommission mit russischen Mitgliedern zustimmen.

Die französische Ansicht sei ferner, daß der Vorschlag eines Burgfriedens eine ernste Gefahr sei, da die Propaganda fortdauere und die Kommissionen in beständiger Sorge vor den Roten Armeen und der russischen Gewalttätigkeit arbeiten würden. Er bedauere, daß Frankreich den britischen Vorschlag nicht annehmen könne.

Der italienische Minister des Aeußern, **Schanzer**, erklärte, die italienische Regierung nehme den britischen Vorschlag gern an und bitte die französische Regierung, ebenfalls die Annahme dieses Vorschlages in Erwägung zu ziehen, aber Rußland müßte unbedingt in der Sachverständigen-Kommission vertreten sein. Schanzer richtete darauf einen warmen Appell an Barthou, noch einmal die Haltung der französischen Delegation in Erwägung zu ziehen.

Der rumänische Delegierte, **Bratianu**, sagte, der Friede Europas müsse unbedingt aufrecht erhalten werden; er beantrage daher eine kurze Vertragung, damit unformelle Besprechungen stattfinden könnten. Die Sitzung wurde daraufhin unterbrochen.

Die entscheidende Unterredung Lloyd George—Barthou.

Genua, 13. Mai. (Spezialbericht des W. T. B.) Heute nachmittag hatten Lloyd George und Barthou eine zweistündige Unterredung. **Lloyd George und Barthou erklärten beide, es sei bei ihrer Unterredung ein guter Fortschritt auf dem Wege zu einer Einigung erzielt worden.**

*

Genua, 13. Mai. (Sonderbericht des W. T. B.) In der Nachmittagssitzung der Unterkommission der ersten Kommission erklärte **Viscomte Ishii**, die Mächte dürften ihre Arbeiten auf der Konferenz nicht aufgeben. Er billige den britischen Vorschlag und hoffe, es werde möglich sein, sich zu einigen. — **Motta** sagte, nach seiner Ansicht würde es besser sein, wenn die neue Sachverständigen-Kommission von der Genueser Konferenz ernannt werde, aber er sei nicht gegen eine Ernennung durch die Regierungen. Die Kommission werde aber vollkommen zwecklos sein, wenn die Russen in ihr nicht vertreten seien. Die Schweiz sei neutral, begrüße aber den Vorschlag eines Burgfriedens mit Enthusiasmus.

Barthou sprach seine Zufriedenheit über den Fortschritt aus, der bei seiner Konferenz mit Lloyd George erzielt worden war. Er hoffe, zu einem vollständigen Einvernehmen zu gelangen. Ob nun die Mitglieder der Kommission von den Regierungen ernannt würden oder von der Konferenz — auf jeden Fall würde die Kommission ein Ergebnis der Konferenz von Genua sein. Er glaube auch daß man zu einem Abkommen in der Frage der Beteiligung der Russen gelangen könne. Diese Erklärung fand lebhaften Beifall bei allen Anwesenden. Barthou sagte noch, das Einvernehmen sei noch nicht vollständig, aber er hoffte, es werde morgen ermöglicht werden.

Er sei einverstanden mit dem Vorschlag eines Burgfrieden,

wie Lloyd George ihn anrege. Es sei sehr wichtig, Separatverträge zu vermeiden.

Lloyd George betonte, es sei notwendig, sofort über den Sitz der Sachverständigen-Kommission und das Datum ihres Zusammentritts zu entscheiden. Alle Mächte und besonders die Grenzstaaten Rußlands müssen den Burgfrieden annehmen. Dieser müsse auf Gegenseitigkeit beruhen.

Skirmunt sagte, Polen sei die einzige in der Unterkommission vertretene Macht, die bereits einen Friedensvertrag mit Rußland geschlossen habe. Aber Polen habe sich an der Unterkommission beteiligt, weil es ein allgemeines Abkommen wünschte. Die Ostgrenze Polens sei durch den Vertrag von Riga festgesetzt, aber Polen sei lebhaft an dem Burgfriedenspakt interessiert. — **Jaspar-Belgien** erklärte, die belgische Delegation wünsche ebenfalls, daß in Genua ein Abkommen erreicht werde. Er hoffe, daß niemand glauben werde, Belgien verhindere eine Regelung. Er sei mit Schanzer der Ansicht, daß die fünf Wochen, die man hier zugebracht habe, keine zu lange Periode seien, aber es gäbe Mächte, die Angst hätten, „auf der Stelle zu marschieren". Er sei überzeugt, daß die Mächte fortfahren müßten mit ihrer Arbeit, und

niemand werde die Verantwortung für einen Mißerfolg auf sich nehmen,

nachdem alles so gut begonnen habe.

Schanzer sprach seine große Zufriedenheit über die Unterredung zwischen Lloyd George und Barthou aus. Er sagte, Italien habe bereits einen Handelsvertrag mit Rußland fertig, der noch nicht unterschrieben sei, dessen Unterzeichnung aber wohl erfolgen werde. Seiner Ansicht nach müsse die Sachverständigen-Kommission so schnell wie möglich zusammentreten. Er glaube, es sei notwendig, eine Periode zu bestimmen, in der die Kommission ihre Arbeiten beenden müsse, weil man nicht von den Mächten verlangen könne, auf allzu lange Zeit auf ihr Recht, Separatverträge zu schließen, zu verzichten. **Er schlug eine Periode von drei Monaten vor.**

Abschluß der deutsch-polnischen Konferenz.

Genf, 14. Mai. **Die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages und damit der Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf ist auf Montag nachmittag 3 Uhr angesetzt worden. Die Sitzung, die öffentlich sein und im Generalsekretariat des Völkerbundes stattfinden wird, wird vom Präsidenten der Konferenz Calonder mit einer längeren Rede eröffnet werden, auf die Reichsminister a. D. Schiffer und dann der polnische Bevollmächtigte Minister Olischowski antworten werden. Nach Beendigung der Reden werden die beiden Bevollmächtigten die Unterzeichnung des maßgebenden französischen Textes vornehmen und dann gemeinsam mit dem Präsidenten der Konferenz das Protokoll und den Unterzeichnungspakt unterschreiben. Die Ratifikation durch das Parlament soll bis zum 27. Mai erfolgen. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird dann in Oppeln stattfinden.**

Aus Anlaß des Abschlusses der deutsch-polnischen Konferenz wird Präsident Calonder am Montag abend zu Ehren der beiden Abordnungen ein Festmahl geben, zu dem auch die namhaftesten Persönlichkeiten des Völkerbundssekretariats und die Mitglieder des gegenwärtig hier tagenden Völkerbundsrats geladen sind. Am Dienstag abend werden die Bevollmächtigten Deutschlands und Polens Gäste des Generalsekretärs des Völkerbundes Sir Eric Drummond sein. Die deutsche Abordnung verläßt Genf am Mittwoch. Reichsminister a. D. Schiffer wird unverzüglich nach Berlin zurückkehren und über den geschlossenen Vertrag, der nunmehr der Zustimmung des Reichstages unterliegt, ausführlich Bericht erstatten. (W.T.B.)

Wasserstraßen- und Post-Etat im Reichstag.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 13. Mai. In der fortgesetzten Beratung des Etats für Wasserstraßen verweist Abgeordneter **Diez** (Zentr.) auf die nach französischen Nachrichten von der Interalliierten Kommission geplante Ablenkung der internationalen Schiffahrt auf dem Rhein auf einen nationalisierten Schiffahrtsweg, um sie so der Kontrolle der Alliierten zu unterstellen. Das Reich müsse eine Schädigung deutscher Interessen möglichst verhindern. — Abg. **Schumann** (Soz.): Wir stehen heute wie früher allen auf die Privatisierung von Verkehrswegen gerichteten Bestrebungen ablehnend gegenüber und verlangen die Vereinheitlichung des gesamten Verkehrswesens durch das Reich. — Abg. **Warmuth** (D.-N.) wünscht eine bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse Ostpreußens im Wasserstraßenverkehr. Die Schiffahrtslinien dorthin müßten ausgebaut werden.

Verkehrsminister Groener:

Den Wünschen auf Schaffung einer einheitlichen Wasserbauverwaltung schließe ich mich durchaus an. Leider stehen diesem Ziele noch viele Hindernisse im Wege. Ich hoffe, daß mit den Ländern recht bald eine Verständigung über die Finanzierung des Mittellandkanals erzielt wird. Dringend ist auch die Regulierung des Oberlaufs der Oder. — **Staatssekretär Kirstein** erklärt, die Verwaltung werde ohne Rücksicht auf die Rentabilität die Schiffahrtslinien nach Ostpreußen weiter fördern.

Der Etat für Wasserstraßen wird bewilligt. Die Entschließung Delius' (Dem.), die Reichshilfe für die dem regelmäßigen öffentlichen Verkehr dienenden Luftfahrtunternehmungen nur solchen Unternehmungen zu gewähren, die sich verpflichten, einen öffentlichen Luftverkehr zu erhalten und auf ihren Flügen Post bis zu 100 Kilogramm ohne Vergütung zu befördern, wird einem Ausschuß überwiesen. Der Rest des Etats des Reichsverkehrsministeriums wird bewilligt.

Ein Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrates über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt und die Errichtung von Kleinschifferverbänden wird in dritter Lesung angenommen.

Zum Postetat

liegen zahlreiche Entschließungen vor, die sich zum größten Teil mit den Gehalts- und Beförderungsverhältnissen der Postbeamten befassen. — Abg. **Taubadel** (Soz.): Es muß angesichts der abermals bevorstehenden Porto-Erhöhung Aufgabe der Postverwaltung sein, Ersparnisse zu machen durch Vereinfachung des Betriebes und der Verwaltung, Ausnutzung technischer Einrichtungen und richtiges Disponieren beim Einkauf von Material, insbesondere für Fernsprechzwecke. Die Beamtenschaft hat sich von 267 000 auf 410 000 Personen seit 1913 vermehrt. Auf eine Verringerung des Hilfspersonals in dem Maße, wie es die bürgerlichen Parteien wünschen, können wir uns nicht einlassen. An dem Achtstundentag für den Postbetrieb müssen wir festhalten. — Abg. **Allekotte** (Zentr.): Das Vertrauensverhältnis zwischen Beamtenschaft und Verwaltung ist bei der Post erschüttert. Soll die Postverwaltung gesund erhalten werden, so muß dieses Vertrauensverhältnis wiederhergestellt werden. Der Postbetrieb müßte mit weniger leitenden Personen auskommen. An dem Achtstundentag halte auch ich prinzipiell fest, wo vollwertige Arbeit geleistet wird, eine schematische Anwendung des Achtstundentages lehne ich aber ab. (Sehr gut!)

Abg. **Koerner** (D.-N.): Die Gebührenpolitik der Post schafft überall Verärgerung. Der Sprung von 60 Pf. auf 2 Mark war zu groß. Angesichts der bedrängten Lage unseres Verkehrswesens muß verlangt werden, daß jeder Beamte seine volle Arbeitskraft dem Dienste widmet. Die heutigen Briefmarken sind wert, daß sie verschwinden. Die Not der deutschen Presse ist trotz der Hilferufe des Reichstages so gestiegen, daß die Postverwaltung von einer Erhöhung der Gebühren im Zeitungswesen Abstand nehmen sollte. Die Telegramm- und Telephongebühren sollten für die Presse in einer Weise geregelt werden, die der Zeitungsnot Rechnung trägt.

Reichspostminister Giesberts:

Die Wahlen der Beamtenausschüsse sind notwendig geworden, und es liegt kein Grund vor, sich der Wahl zu enthalten. Politische Gesinnungsschnüffelei unter den Postbeamten würde ich niemals dulden. Wir müssen nur die Ausführung der Notstandsarbeiten bei einem etwa drohenden Streik sichern. Die vom Abgeordneten Körner kritisierten Briefmarken sind von den ersten Künstlern begutachtet und ausgewählt worden.

Um ½6 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag, 2 Uhr, vertagt.

SLUB
Wir führen Wissen.